

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 13/2300 –

Landeshaushaltsgesetz 1998/1999 (LHG 1998/1999)

Unterstützung für Ausbildung und Projekte der zivilen Konfliktbearbeitung und der Gewaltprävention

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- Ausbildung und Qualifizierungsmaßnahmen im Inland zur Vorbereitung auf Tätigkeiten einer zivilen Konfliktbearbeitung und der Gewaltprävention zu unterstützen;
- Modellprojekte ziviler Konfliktbearbeitung vorrangig im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda zu fördern;
- private Träger, Vereine und sonstige Nichtregierungsorganisationen, die Aus- und Weiterbildungsprogramme im Bereich ziviler Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention durchführen, beim Ausbau ihrer (Weiter-)Bildungsangebote zu stärken.

Begründung:

Die gewaltfreie Bearbeitung von innergesellschaftlichen oder internationalen Konflikten setzt eine professionelle Ausbildung voraus. Friedensarbeit ist an die Vermittlung von Professionalität und Kompetenz gebunden. Seit Beginn der 90er Jahre haben Initiativen der evangelischen und katholischen Kirche und der Bund für soziale Verteidigung Konzepte für einen zivilen Friedensdienst und entsprechende Ausbildungsprogramme angestoßen und entwickelt.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit seiner finanziellen Unterstützung eines Ausbildungsmodells dazu beigetragen, daß ein Projekt „Zivile Konfliktbearbeitung“ ermöglicht wurde. Zielgruppe des Modellprojekts „Ausbildung in ziviler Konfliktbearbeitung“ sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausland (Entwicklungs- und Friedensarbeit). In dem Ausbildungskurs sollen Personen darauf vorbereitet werden, überwiegend in Projekten im ehemaligen Jugoslawien Aufgaben der zivilen Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention wahrzunehmen. Dabei geht es z. B. um die Aufgabe der Reintegration von Flüchtlingen, Jugendarbeit mit gemischt-ethnischen Gruppen, Wiederaufbau und Entwicklung von Gemeinwesen, Menschenrechtsarbeit. Träger der Maßnahmen sind Nichtregierungsorganisationen. Für 1998 sind zwei weitere Ausbildungsgänge in Nordrhein-Westfalen in Planung.

Die Anwendung der Methoden der gewaltfreien Konflikt-schlichtung kann sich zu einer wichtigen Option für die innergesellschaftliche Konflikt-schlichtung entwickeln, so als interkulturelle Mediation, Gewaltprävention in der Gemeinwesenarbeit und der Stadtreiarbeit, bei der Polizei und in den Schulen. Auch in diesem Bereich sollen Konzepte der Ausbildung vom Land initiiert und gefördert werden.

Für die Fraktion:
Friedel Grützmaker